



Inhalt

- 1 Selbst Politik machen
- 2 Das meint der Leser
- 3 Höhere Löhne müssen her
- 4 Karriere-Werkstatt?!
- 5/6 Umwelt-Themen
- 7/8 Energie- und Wasserkosten
- 9/10 Bürgerforum Haushalt
- 11 Montagsdemo
- 12 Versprechen kann man viel

Mai 2008

Ausgabe 2/2008

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF Witten**

"Politik in die eigene Hand" hat Perspektive!

von Achim Czulwick, Mitglied des Rates (*AUF Witten*)

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Haushalt der Stadt Witten wurde am 21.04.2008 verabschiedet, aber nicht mit meiner Stimme! Lehnt *AUF Witten* nur ab, will aber selbst nicht sagen, was es anders oder besser machen kann? Im Gegenteil. Entgegen bisheriger Praxis wurden unsere Anträge zum Haushalt erst gar nicht angenommen. Ist das nicht grotesk? Ich soll dem Haushalt zustimmen, aber eigene Anträge darf ich nicht stellen. Doch worum geht es in unseren Anträgen?



Die Stadt ist kein Dukatenesel!

Weder die Schließung des Hallenbades, die verschiedenen Streichungen freiwilliger Leistungen noch der Personalabbau in der Verwaltung konnten die steigende Verschuldung stoppen. Das hat einen einfachen Grund.

Bundes- und Landesregierung haben Gelder aus den Kommunen abgezogen, um unter anderem die Steuersenkung für die Konzerne zu finanzieren oder aktuell Spekulationsverluste wie bei der West LB auszugleichen. Was schon zeigt, dass die Stadt eigentlich gar nicht pleite sein müsste.

Alles was in den letzten 16 Jahren unter dem Stichwort Konsolidierung des Haushaltes gespart wurde, ging in diese Umverteilung. Daher ist nicht nur Witten in die Schuldenfalle geraten.

Gegenwärtig ist es so, dass die Stadt Witten die aufgenommenen **Kredite faktisch sechs mal zurückzahlt**. Die Stadt wurde so zum Dukatenesel für die Geldinstitute. Wenn sich die West LB verspekuliert, muss die Stadt nochmals zahlen.

Aus solch grundsätzlichen Erwägungen haben wir den Haushalt abgelehnt, weil wir eine derartige Umverteilung nicht mit tragen. Sich diesem Ausverkauf entgegen

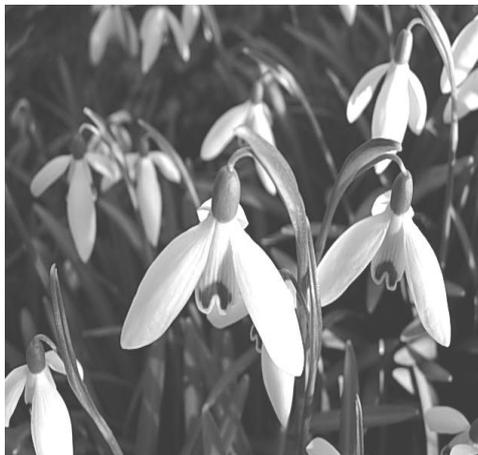
zu stellen, das kann der Stadt wirklich helfen.

Zuviel Personal?

Wir wissen natürlich, dass an der katastrophalen Lage Wittens auch **hausgemachte Probleme** ihren Anteil haben. Erinnerung sei an die Pleite mit dem Hohensteingebäude, das blaue Lichtenband, Luxus-Bushaltestelle, Celestian-Bau ...

Die Behauptung aber, dass der **Abbau von 300 Stellen alle Schuldenprobleme lösen würde, ist reiner Populismus**.

Wer Reinigungskräfte entlässt, Feuerwehrleute abbaut, Erzieherinnen abzieht, kann damit niemals 300 Millionen € Schulden abbauen, sondern nur die Lebenssituation in der Stadt auf Dauer ver-



Frühlingserwachen auch in die Politik!

schlechtern. Die erwähnte Umverteilung von unten nach oben geht unterdessen munter weiter.

Unsere Politik

Unsere Anträge sollen die weitere **Umverteilung stoppen** und der Stadt für die Finanzierung wichtiger Investitionen **Handlungsspielraum zurückgeben**. Ein **Zinsmoratorium** (Aussetzen der Zinszahlungen, bis die wichtigsten Investitionen getätigt sind) würde 14 Millionen € pro Jahr für Witten freimachen. Damit ließe sich schon Einiges bewegen.

Statt sich mit Millionen an einem Kohlekraftwerk des RWE Energiekonzerns zu beteiligen (für Konzerne scheint wohl immer Geld da zu sein), wie es fraktionsübergreifend beschlossen wurde, sind wir für **dezentrale Energieerzeugung**. Auf Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung könnte dazu mit einer **IMK-Anlage** der Einstieg gelingen. (s. Seite 5)

Unsere grundsätzliche Ablehnung des Haushalts war zugleich mit der Darlegung einer neuen, **wirklich alternativen Richtung für den Haushalt** der Stadt verbunden. Um dahin zu kommen gilt:

Politik in die eigene Hand nehmen hat Perspektive – dazu gibt es keine Alternative!

Das meint der Leser

Was hat Vorrang?

AUF Witten versuchte im Auftrag von Anwohnern, den Abriss der Eisenbahnbrücke Pferdewegstraße zu verhindern. Da war aber der Abriss bereits Fakt.

Die Bedenken dagegen waren, dass nach dem Abriss der Schwerlastverkehr ansteigen wird, auch dass die Autobahnmaut vermehrt umgangen wird.



Offensichtlich wird den Verkehrsinteressen von Bosch Rexroth und Degussa-Sasol Vorrang eingeräumt, ungeachtet der Umweltbelastungen durch CO₂ und Feinstaub. Der vermehrte LKW-Verkehr wird Tag und Nacht höhere Lärmbelastungen produzieren, die engen Straßenverhältnisse und nah angrenzenden Häuserzeilen lassen wesentliche Veränderungen nicht zu. Dazu kommen steigende Gefahren und Unfallrisiken für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Kinder. In unmittelbarer Nähe befinden sich Krankenhaus, Bildungsstätte, Altenbetreuungscenter und Friedhof. Die neu gestalteten Kreisverkehre werden dem Schwerlastverkehr auch nicht standhalten.

Was jetzt noch getan werden kann, ist die Messung der Feinstaubbelastung, um die erwarteten Nachteile nachweisen und dann Schutzmaßnahmen ergreifen zu können. AUF Witten wird in diesem Sinne einen Antrag stellen.

Christian Baumann, Witten

Ehrliche Solidarität

Wie sich das CDU-Ratsmitglied Lars König abwertend zu der Tarifforderung von 8 % von ver.di geäußert hat, wi-

derspricht seiner ureigensten Aufgabe, die Menschen in unserer Stadt zu vertreten, wozu auch eine angemessene Bezahlung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst gehört.

Wenn Frau Leidemann als ver.di-Mitglied Solidarität bekundet, als Bürgermeisterin in ihrem Haushaltsentwurf aber nur eine Erhöhung von 3 % und damit einen faktischen Lohnabbau vorgesehen hat, kann man das nicht mehr ganz als ehrlich oder ernst gemeint empfinden.

Weder die brüske Ablehnung berechtigter Forderungen durch Herrn König (CDU) noch eine Ablehnung durch die Hintertür durch Frau Leidemann (SPD) kann gut heißen werden.

Ich finde es ausgesprochen gut, dass Menschen den Mut aufbringen, für ihre Rechte zu kämpfen. Denn sonst tut es niemand für sie und eine Änderung der herrschenden unsozialen Politik wäre niemals möglich. Das aber brauchen wir genauso wie ehrliche Solidarität.

Gregor Duve, Witten

Kohlekraft-Irrweg

Die Aufsichtsratsmitglieder der Wittener Stadtwerke und die Mehrheit im Haupt- und Finanzausschuss haben sich für eine Beteiligung am Kohlekraftwerk in Lünen ausgesprochen.

Bestehen diese Institutionen nur aus Egoisten? Haben sie jegliche Verantwortung gegenüber den Menschen insbesondere unserer Kinder, verloren?

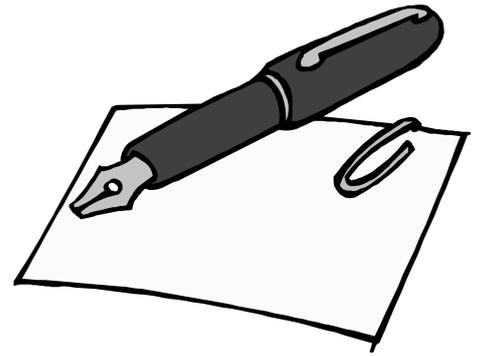
Ist ihnen das Vokabular abhanden gekommen, dass der Erhalt einer gesunden Flora und Fauna auch das Leben der Menschen positiv beeinflusst?

Erst kürzlich habe ich in einem Leserbrief auf all die gesundheitlichen Gefahren durch den vermehrten Ausstoß von CO₂ der Kohlekraftwerke hingewiesen.

Ich habe deutlich gemacht, wie wichtig es ist, zur Vermeidung dieser Ausstöße auf alternative Projekte umzusteigen.

Wenn wir unsere Denkweise, die bekannterweise den Individuen Mensch, Tier und Pflanze dienen sollte, nicht ändern, wird zukünftig ein Weiterleben dieser Individuen in Frage gestellt.

Gregor Duve, Witten



Wo liegt die Zukunft der Stadtwerke?

Ich frage mich, wie ernst es zu nehmen ist, wenn die SPD auf einer ihrer ersten Wahlveranstaltungen erklärt, die Stadtwerke dürften nicht aufgegeben werden.

Fakt ist doch, dass Kooperationspartner für die Stadtwerke gesucht werden. Wer soll das sein? Die indirekte Antwort ist durch die Anwesenheit von Vertretern der großen Energiekonzerne gegeben. Doch mit solchen Kooperationspartnern gibt es keine Eigenständigkeit.

Es wird niemand widersprechen, dass die Zukunft der Stadtwerke damit verknüpft ist, ob billige, das Klima schonende Energie angeboten werden kann. Nur: Eine Kurskorrektur in diese Richtung unterblieb bisher!

Die SPD Bürgermeisterin hat es abgelehnt, dem Rat Anträge von AUF Witten vorzulegen, die erste Schritte in Richtung klimaschonende Energie entwickeln, mit denen zudem noch Arbeitsplätze zu schaffen wären.

Alles deutet darauf hin, dass die Stadt die Chance verpasst, die Eigenständigkeit der Stadtwerke zu erhalten, weil sie jede Innovation mit Blick auf einen möglichen Kooperationspartner vermeidet.

Fest steht daher, dass es auch gegen eine **schleichende Privatisierung** der Stadtwerke **enormen Widerstand** geben wird, schon jetzt sind die Energiepreise kaum zu bezahlen.

Achim Czulwick, Witten

Daten und Fakten zur RWE und ihrer Verstrickung im kommunalen Filz:

<http://www.attac.de/muenster/dokumentation/eckdaten.pdf>

Höhere Löhne müssen her

von Peter Frey – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Seit den 90'er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es in Deutschland einen Reallohnabbau – das heißt, man kann für sein Geld immer weniger kaufen, auch wenn auf der Abrechnung mehr drauf steht. Im letzten Jahr gaben immer mehr Menschen die passende Antwort auf die ständige Preistreiberei und kämpften um Mindestlöhne, echte Tariferhöhungen oder die Erhöhung der Renten.

Besonders über die Lokführer oder aktuell über die Kollegen von der Post ist viel in den Medien berichtet worden. Trotz der Versuche, die Lohnforderungen als dreist und vermessen zu diffamieren, überwog doch vor allem die Sympathie mit den Kollegen und ihrem Weg, eine echte Erhöhung ihres Einkommens durchzusetzen.

Gewerkschaften müssen kämpfen

Es ist gut, dass hier einige Gewerkschaften wieder mehr Kampfgeist zeigen. Gemeinsam für höhere Tarifabschlüsse und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, ist doch gerade die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften.

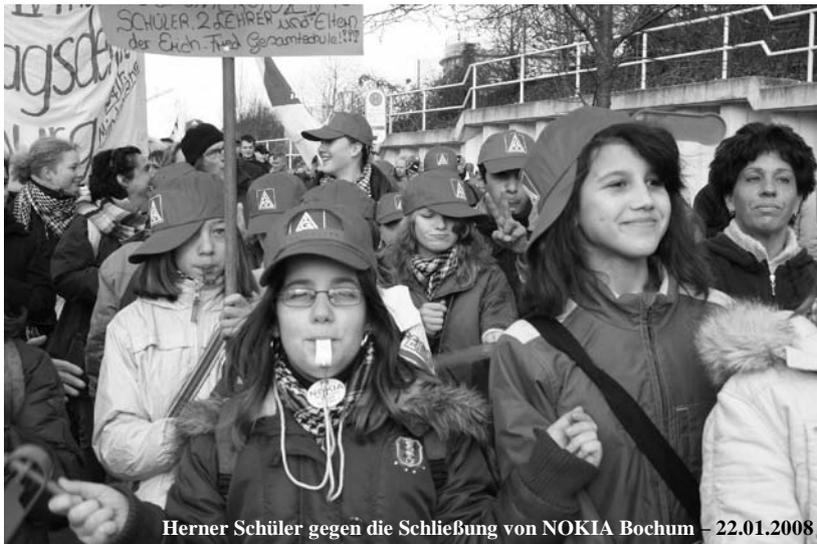
Dagegen führt die Politik, gemeinsam mit den Geschäftsleitungen die Wirtschaft führen zu wollen, zu faulen Kompromissen mit Lohnverzicht, Arbeitsplatzabbau und Arbeitszeitverlängerung.

Für ein gesetzliches Streikrecht

In Deutschland gibt es ein sehr eingeschränktes Streikrecht – lediglich während einer Tarifausschlichtung darf gestreikt werden, ansonsten herrscht Friedenspflicht. Wie man beim Tarifkampf der Lokführer sehen konnte, als die Bahn per einstweiliger Verfügung den Streik verbieten lassen wollte, mischen sich selbst in der Tarifrunde Gerichte ein und schlagen sich auf die Seite der Unternehmen.

Es ist an der Zeit, auch in Deutschland ein gesetzliches Streikrecht einzuführen, wie es in vielen anderen europäischen Ländern schon lange existiert.

Es ist notwendig, dass man nicht nur für höhere Löhne sondern zum Beispiel auch gegen die Schließung eines Standortes oder für die Übernahme von Auszubildenden oder Leiharbeitern streiken darf.



Herner Schüler gegen die Schließung von NOKIA Bochum – 22.01.2008

Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich

Trotz zum Teil enormer Gewinne der Unternehmen in Deutschland gibt es keine spürbare Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Die Ursachen liegen in einer erhöhten Arbeitsproduktivität und verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft. Dadurch werden für dieselbe Produktion weniger als die Hälfte der Leute gebraucht als Anfang der 90'er Jahre.

Da gibt es nur eine sinnvolle Lösung: Die Arbeit muss auf mehr Schultern verteilt werden!

AUF Witten unterstützt deshalb die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich! Es ist Unsinn, wenn die Unternehmen behaupten, das sei unbezahlbar. Durch die Produktivitätssteigerung ist das schon mehrfach finanziert.

Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden würde in Deutschland rechnerisch zu 6,4 Millionen Vollzeitar-

beitsplätzen führen. Das wären 6,4 Millionen mehr Menschen, die in die Sozialversicherungen einzahlen und wieder mehr Geld in der Tasche zum Einkaufen hätten. Gleichzeitig wären das 6,4 Millionen weniger Menschen mit ihren Familien, die von den Kommunen über Arbeitslosen- oder Wohngeld unterstützt werden müssten.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist aktueller denn je! So hat zum Beispiel die IG Metall auf ihrem letzten Gewerkschaftstag beschlossen, weitere Anstrengungen für eine Arbeitszeitverkürzung zu unternehmen.

Der Jugend eine Zukunft

Vor allem für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen ist es wichtig, eine Perspektive zu schaffen. Anstatt Ausbildungsplätze abzubauen, sollte eine feste Ausbildungsquote von 10% in der Großindustrie eingeführt werden. Die Stadt Witten sollte gerade in der Förderung der Jugend Vorbild sein.

Das heißt aber auch, **keinen einzigen Arbeitsplatz kampfflos aufzugeben!** Jeder Arbeitsplatz, der wegfällt, fehlt der Jugend – und sei es auch „sozialverträglich“ durch Altersteilzeit, Abfindungen oder einfach keine Neubesetzung, wenn Kollegen in Rente gehen.

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern...

... das ist das Motto von AUF Witten!

Machen Sie mit, nehmen Sie ihre Sache selbst in die Hand und werden Sie aktiv bei AUF Witten!

Kann ein Azubi Karriere machen?

Welche Perspektiven die Jugend heute hat

von Uli Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Groß gefeiert von der Bundesregierung wird der offizielle Rückgang der Arbeitslosigkeit und die zeitgleiche Erhöhung der Ausbildungsstellen. Auf den ersten Blick sieht das gut aus: Mehr Menschen haben Arbeit, die Jugendlichen hängen weniger auf der Straße herum, usw. In Witten ist ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen. Was aber steckt wirklich dahinter und wie sieht es mit der Perspektive nach der Ausbildung aus? Im Auftrag der Redaktion von "Witten im AUFbruch" habe ich mich etwas näher mit der Situation in Witten befasst.



Nur 63 Jugendliche ohne Arbeit?

Der Arbeitslosenstatistik für Witten zu Folge hatten im Februar 2008 nur 63 Jugendliche unter 20 Jahren keine Arbeit. Diese niedrige Zahl würde bedeuten, dass nahezu jeder Jugendliche eine Ausbildungsstelle hat. Der Bildungsreport 2007 des Landes NRW spricht eine andere Sprache:

Mehr Schüler als Azubis

2006 gab es ca. **210.000 Schulabgänger**, die ihr Abitur oder andere Abschlüsse erlangt haben, wogegen nur ca. **120.000 Ausbildungsverträge** am Stichtag 30.9.2006 abgeschlossen wurden. Natürlich muss sich jeder selbst entscheiden, was er nach der Schule machen will. Bei einer Befragung in Basel von 2005, warum Jugendliche keine Lehre machen wollten, gab die Mehrheit der Befragten als Gründe an:

schlechte Aussichten

- die **Suche** nach einer Lehrstelle sei sehr schwierig und
- die **Aussichten** auf dem Arbeitsmarkt seien schlecht.

Die Jugendlichen haben damit Recht, denn in derselben Umfrage wird ausgewertet, dass gerade einmal ca. **50 % eine feste Anstellung nach der Lehre bzw. dem Übernahmejahr** haben, ca.

30 % eine Übergangslösung (z.B. Leiharbeit) haben und der **Rest arbeitslos** wird.

Übernahme...

...aller Azubis entsprechend der Ausbildung und eine **10%ige Ausbildungsquote in der Großindustrie und zwar unbefristet** kann daraus nur die Konsequenz sein. Dadurch würden sämtliche Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten und ihnen danach ein Arbeitsplatz über einen zumindest längeren Zeitraum ermöglicht.

ihrem Betrieb schafft – das wären ca. **160 Ausbildungsplätze!**

Der Arbeitslosenstatistik nach müsste dann tatsächlich fast jeder Jugendliche eine Ausbildung haben. Ebenso kann die Stadt mit gutem Beispiel voran gehen und nochmals so viele Ausbildungsplätze schaffen.

Perspektive?

Die Stadtverwaltung kümmert sich herzlich wenig, um der Jugend eine Perspektive zu bieten. Aber wenn es um **Aufträge in Millionenhöhe für Großkonzerne** geht, versucht sie dies mit aller Gewalt durchzusetzen.

Organisieren

Gegen diese Umverteilungspolitik von unten nach oben müssen wir uns zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen, denn nur so können

wir etwas erreichen.

Kämpfen wir gemeinsam um eine Perspektive für die Jugend und setzen unsere Interessen durch, getreu unserem Motto:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!



Karriere machen?

Da ist es schon fast ein Skandal, dass die „Deutschen Edelstahlwerke“ (DEW) ihre Lehrwerkstatt von „Ausbildungszentrum Ruhr“ in „Karriere Werkstatt“ umbenennen. Statt einer Ausbildung sollen die Azubis dort also Karriere machen. Was hat das mit Karriere zu tun, wenn man nach der Ausbildung auf der Straße sitzt? Wenn die Azubis schon Karriere machen sollen, dann bin ich dafür, dass DEW alle Azubis unbefristet übernimmt und eine **10%ige Ausbildungsquote** in

Integrierte Methanisierung und Kompostierung (IMK) als Beitrag zum Umweltschutz und Kostenersparnis in der Abfallwirtschaft

Antrag an den Wittener Stadtrat von Ratsmitglied Achim Czulwick

"Die Stadt Witten veranlasst den Bau einer IMK-Anlage und betreibt diese für den Einzugsbereich Witten oder überträgt den Betrieb an einen Dritten, zum Beispiel die ESW."

Begründung:

In Witten werden jährlich etwa 8.000 t Bio-Abfall eingesammelt und derzeit gegen Entgelt von der Kompostanlage Lünen verarbeitet. Hinzu kommen Kosten für den Transport und den Betrieb bzw. die Nutzung der Umladeanlagen.

Mit einer eigenen IMK-Anlage könnte man zusätzlich zu den o.g. 8.000 t Bio-Abfall auch Klärschlamm, Fäkalien aus der städtischen Entwässerung, Gülle und Lebensmittelabfälle verarbeiten.

Des Weiteren ist mit diesem technischen Verfahren auch eine Verarbeitung und Reinigung von belastetem Material möglich.

Aus 8.000 t Bio-Abfall entstehen mit Hilfe des IMK-Verfahrens

- 800.000 m³ Methan, die in
 - 1.440.000 kWh elektrische Energie und zusätzlich
 - 2.400.000 kWh Wärmeenergie umgesetzt werden können
- 2.240 t Kompost von hoher Qualität, der direkt in Witten verwendet oder weiter veräußert werden kann.

Durch eine eigene ortsnahe Anlage würden neue Arbeitsplätze in Witten geschaffen und erhebliche Transportkosten eingespart. Gleichzeitig könnte sich Witten mit der Nutzung einer zukunftsorientierten Umwelttechnologie profilieren.

Fakten zum IMK-Verfahren:

In der Stadt Herten existiert seit 1998 eine von der Landesregierung NRW geförderte Demonstrationsanlage, die erfolgreich 18.000 Jahrestonnen verarbeitet. Hier ist eine Führung jederzeit nach Absprache möglich.

Allgemeine Vorteile und technische Besonderheiten:

IMK steht abgekürzt für Integrierte Methanisierung und Kompostierung und meint die Umwandlung von Biostoffen aller Art zu Biogas in Form von Methan (CH₄) in kontrollierter Entstehung sowie Kompost in höchster Qualität für anspruchsvolle Anwendungen.

Dies geschieht in einer technischen Anlage mit drei Verfahrensschritten.

Das anfallende Methan wird in dafür besonders geeigneten Gasmotoren zur Gewinnung von elektrischem Strom und Wärme eingesetzt und verbrennt dabei rückstandsfrei zu Kohlendioxid (CO₂) und Wasser (H₂O). Da die Pflanzen, welche ursprünglich dem biologischen Einsatzmaterial in der Nahrungskette zu Grunde lagen, ihr Wachstum aus dem Luft-CO₂ bestritten, ist nun der natürliche CO₂-Kreislauf unter Gewinnung von nicht wenig Nutzenergie geschlossen.

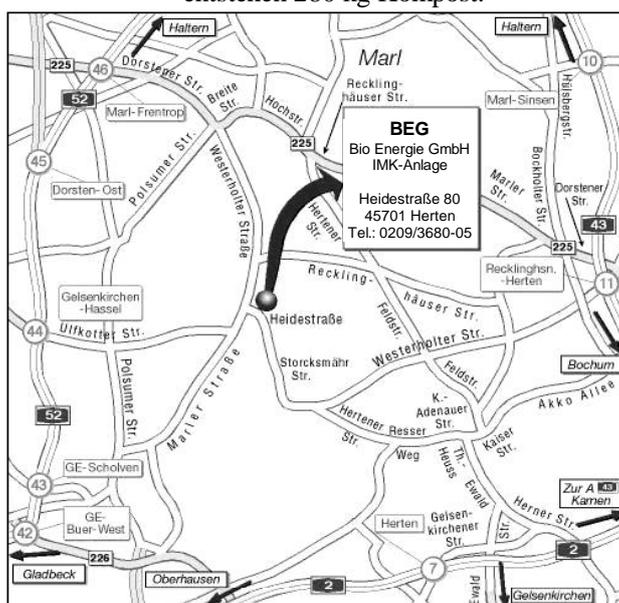
Der reife Kompost, frei von Schwermetallen und sonstigen schädlichen Rückständen, wird auf Äcker und anderen geeigneten Böden ausgebracht und dient so als Bodenverbesserer und Regenwasserspeicher. Somit ist der Feststoffkreislauf der biologischen Materie geschlossen.

Einige Besonderheiten und Vorteile des IMK-Verfahrens:

- Verarbeitung organischer Reststoffe unterschiedlicher Konsistenz. Völlig problemlos können die biologischen Anteile der sogenannten Restmülltonne eingebracht werden, grüne Abfälle aus Hof und Garten, auch vom Straßenrand, Fäkalien, Klärgruben-Inhalte, Gülle, Lebensmittelabfälle, etc.
- Dennoch höchste Kompostqualität durch Schwermetallauswaschung im Feststoffreaktor.
- Optimierung der Wasserhaltung durch Kreislauf-Führung der in Reststoffen enthaltenen Wassermengen sowie biologische Behandlung von Überschussmengen.
- Das Verfahren arbeitet in drei Schritten: Aerobe Hydrolyse und Versäuerung, anaerobe Umwandlung von Tro-

kensubstanz in Methan, aerobe Kompostbildung und dessen Reifung des verbliebenen Feststoffanteils

- Trennung von festen und flüssigen Bestandteilen vor der Methanisierung, was eine energiearme und materialschonende Prozessführung erlaubt.
- Geringer Flächenbedarf durch kompakte Bauweise.
- Hohe Betriebssicherheit und flexible Verfügbarkeit durch modulare Bauweise.
- Geringe Behandlungszeit im Vergleich zu konventionellen Anlagen.
- CO₂-neutrale Energienutzung.
- Hohe Energieausbeute, das heißt Deckung des Eigenbedarfs plus Überschuss zur Fremd-Versorgung mit Strom und Wärme.
- Vermeidung von Geruchsemissionen durch geschlossene Bauweise und Einsatz von hochwirksamen Biofiltern.
- Einige Zahlen: aus einer Tonne Bioreststoffen werden etwa 80 bis 120 m³ Methan, woraus im Gasmotor 180 kWh elektrische Energie plus 300 kWh Wärme werden, außerdem entstehen 280 kg Kompost.



AUF Witten organisiert eine Besichtigung, wer mitfahren möchte, wendet sich bitte an unsere Kontaktadresse Romeo Frey, ☎ 02302/81953

Pfingstumwelttagung

Eine Einladung zum Kampf um saubere Luft

Von der Umwelt AG

Die "BÜRGERBEWEGUNG FÜR KRYO-RECYCLING & KREISLAUFWIRTSCHAFT" veranstaltet am 10. Mai 2008 in der Zeit von 10.00 bis 19.00 Uhr im Bürger- & Kulturzentrum in der Rohrmeisterei Schwerte erneut eine Pfingstumwelttagung.

Wie kann die Kluft zwischen dramatisch verschärfter Gefahr einer globalen Umweltkatastrophe und wachsendem Umweltbewusstsein einerseits und den unzureichenden dauerhaften Organisationsformen einer kämpferischen, vernetzten, international gemeinsam arbeitenden Umweltbewegung andererseits gelöst werden? Diese drängende Frage möchte die demokratische, überparteiliche und unabhängige Bürgerbewegung im Verlauf dieser Tagung diskutieren.

Weitere wichtige Themen sollen z. B. der Müllim- und -export durch deutsche und italienische „Müllmafia“, Bürgerinitiativen gegen Kohlekraftwerke und Müllverbrennung oder generell hoffnungsvolle, neue Umwelttechnologien sein.

AUF Witten-Mitglied Peter Spyrka wird übrigens eine Arbeitsgruppe zum Thema „Chemie am Arbeitsplatz“ leiten. Weitere Mitveranstalter/innen, Initiativen für Arbeitsgruppen und Aussteller von Umwelttechnologien sind herzlich willkommen.

Nähere Infos unter: www.total-recycling.org



Des Weiteren soll auch hier noch mal auf die bundesweite Unterschriftensammlung: „Verwerten statt verbrennen. Eine entschiedene Wende zur Kreislaufwirtschaft Total!“ hingewiesen werden.

Bau von zwei Kryo-Recycling Anlagen in Witten

Antrag an den Wittener Stadtrat von Ratsmitglied Achim Czulwick

"Die Stadt Witten prüft die Möglichkeiten zur Errichtung und Finanzierung von zwei Kryo-Recycling Anlagen in Witten. Dazu bezieht sie nach Möglichkeit interessierte Bürger sowie Vertreter lokaler Unternehmen aus dem Bereich der Anlagentechnik und des Maschinenbaus mit ein."

Begründung:

Das Kryo-Recycling Verfahren ist eine umweltfreundliche Alternative zur Müllverbrennung, die grundsätzlich abzulehnen ist. Bei der Müllverbrennung

- werden Wertstoffe unkontrolliert einer chaotischen Großsynthese ausgesetzt, bei der die verschiedensten Gifte entstehen. Zu einem großen Teil gelangen diese als Feinstaub in die Luft, was besonders gesundheitsschädlich ist, da sie je nach Größe sogar die Blut-Hirnschranke durchdringen können.
- werden Wertstoffe als Müll behandelt und unwiderruflich zerstört. Sie werden dabei nicht entsorgt, sondern in nicht mehr verwendbare Stoffe umgewandelt. Der in den Wertstoffen enthaltene Aufwand zu ihrer Erzeugung wird damit vernichtet.

- wird eine äußerst schlechte Energiebilanz erzielt, da energetisch hochwertige Stoffe unsortiert mit energetisch minderwertigen Stoffen zusammen verbrannt werden.

Im Unterschied zur Müllverbrennung werden beim Kryo-Recycling hochwertige Wertstoffe zurückgewonnen, die sogar die Qualitätsanforderungen in der Industrie übertreffen, und damit als Rohstoffe verkauft werden können.

Die Rückgewinnung von Kunststoffen durch das Kryo-Recycling benötigt nur $\frac{1}{40}$ der Energie im Vergleich zur Neusynthese. Kryo-Recycling fördert vier Industrie- und zwei Dienstleistungsbereiche: Die Verfahrenstechnik würde Impulse zur Herstellung der neuartigen Walzenmühlen, der Getriebetechnik und Isoliertechnik bekommen. Neue Anforderungen entstehen für die Mess- und Regeltechnik, für die Metallveredelung und den Hightech-Apparatebau. Die

neue Kältetechnik könnte durch das Kryo-Recycling ihren Wert beweisen und so neue Anwendungen im Bereich medizinischer Kryo-Anlagen, bei der Gebäude- und Fahrzeugklimatisierung und bei der Wärmerückgewinnung bei Wohnungslüftungsanlagen anregen.

Die Kunststoffverarbeitung und -herstellung bekäme neue Aufträge für die Qualitätskontrolle der Recyclate und für die Aufbereitungs- und Herstellungstechnologie. Damit besteht eine gute Gelegenheit, sich in eine zukunftsweisende Technologie einzubringen. Das dürfte sicherlich auch für verschiedenste in Witten ansässige Betriebe aus der Chemie-, Elektro-, Metall- und Anlagenbranche interessant sein. Auch eine Zusammenarbeit mit der Uni und dem Forschungs- und Entwicklungszentrum wäre denkbar.

Eine Förderung der Finanzierung aus Mitteln der Forschung und Entwicklung sollte geprüft werden.

Stadtwerke lassen Nebenkosten explodieren -

ein Ärgernis für den Verbraucher, für wenige Auserwählte aber ein Quell von Luxus und Privilegien

recherchiert von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Wem laufen nicht die sogenannten *Nebenkosten* davon? Man spricht von der *zweiten Miete*. Unerträglich dabei die Vorstellung, im Aufsichtsrat der Stadtwerke hätte sich auf Kosten des Verbrauchers seit Jahren ein System von unüblichen Privilegien herausgebildet: unter Vorsitz des/der jeweiligen Bürgermeisters/in und mit Wissen der Vertreter von SPD, CDU, FDP, Grüne und Freie Liste (bis 2004). Das muss man nach dem offenen Brief vom 7. März 2008 des ehemaligen Prokuristen der Stadtwerke Heinz P. wohl annehmen. Obwohl die Presse in Witten über alle Informationen verfügt, wird der Öffentlichkeit der brisante Inhalt des Schreibens vorenthalten.



Totschweigen ...

Seit Herr P. Auffälligkeiten in Bilanzen, Postengeschlebe, ungerechtfertigte Spitzengehälter und mangelnde Fachkompetenz in die Öffentlichkeit gebracht hat, wird versucht, ihn mundtot zu machen. Sogar seine Zurechnungsfähigkeit wurde auf Betreiben der Stadtwerke in Zweifel gezogen! Das einzige, was mit einem unerhörten Aufwand von schätzungsweise 100.000 € Anwalts- und Gerichtskosten erreicht werden konnte, war eine **Verurteilung bzw. Unterlassungsverfügung wegen "Schmähdikritik"**. Falsche Behauptungen dagegen wurden ihm bis heute nicht nachgewiesen.

Ratsmitglied Achim Czulwick (AUF Witten) hat immer wieder kritische Fragen an die Bürgermeisterin gestellt. Eine Beantwortung wurde verweigert, weil bei den Stadtwerken als GmbH eine **"Einsichtnahme in Unternehmensunterlagen grundsätzlich nicht möglich"** sei.

Das Wohl der Allgemeinheit bleibt bei dieser Juristerei auf der Strecke!

Lügen ...

Für 2009 wird laut Gutachten der WIKOM AG bereits ein **Minus von 1 Million €** in der Bilanz der Stadtwerke erwartet. Im Haushaltsplan der Stadt Witten dagegen geht die Bürgermeisterin, obwohl sie es besser

weiß, noch von weiter sprudelnden Einnahmen aus. Will man auf solch einer windigen Grundlage mit den Stadtwerken Herne auf *"gleicher Augenhöhe"* über eine Fusion verhandeln?

Abkassieren ..

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit kommt Einiges an Summen zusammen, die bei Vermeidung dem Kunden in Form von billigerem Strom, Wasser und Gas zugestanden wären. Anstatt

minutiös aufgelistet, die Namen einschließlich der konkreten Gehälter liegen AUF Witten vor.

Die **Prokuristen** der Stadtwerke fahren durchweg gehobene, luxuriöse Dienstfahrzeuge mit umfangreicher privater Nutzung. Sie erhalten, völlig unüblich in einem privatrechtlich geführten Unternehmen, Vergütungen und Leistungen nach Richtlinien des Beamtengesetzes – ohne selbst Beamte zu sein.

Betriebsräte, die gleichzeitig Arbeitnehmervorteiler im Aufsichtsrat der Stadtwerke sind, erhalten mit einem einfachen kaufmännischen Abschluss ein Jahreseinkommen um die 65.000 € statt üblicherweise ca. 25.000 €. Sind für solche Spitzengehälter Gegenleistungen zu erbringen? **Wirkt hier ein System VW?**

Die **Aufsichtsratsmitglieder** selbst erhalten Sitzungsgelder, weit mehr als vergleichbar üblich. Allein der Vorsitz des Aufsichtsrates wird mit 4.080 € jährlich vergütet.

Das Verbund-Wasser-Werk, eine Stadtwerke-Tochter mit gerade mal 10 Mitarbeitern und 2,7 Millionen € Umsatz, unterhält einen Geschäftsführer, einen Prokuristen, einen Betriebsleiter mit Stellvertreter für insgesamt 180.000 € Jahresgehälter und einen 12-köpfigen Aufsichtsrat, der laut Geschäftsbericht 2003 pro Jahr über 10.300 € Sitzungsgelder erhielt.

⇒ Fortsetzung auf Seite 8



neue Kunden zu gewinnen, haben die Stadtwerke so etliche Abnehmer an Konkurrenten verloren. Wie viele? Darüber wird vornehm geschwiegen.

Runde 3 – 4 Millionen € kommen allein dadurch zustande, dass über Jahre hinweg Auserwählte besser bezahlt wurden, als es nach ihrer Ausbildung und tatsächlichen Arbeitsleistung allgemein üblich ist. Gehälter, von denen Hochschulabsolventen träumen. Das hat Herr P.

⇒ Fortsetzung von Seite 7

Leistung miserabel ...

Wenn der Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft nur mit einer bei den Stadtwerken absolvierten kaufmännische Lehre ein Jahresgehalt von ca. 80.000 € erhält, muss man sich nicht wundern, dass es an wirklichen Fachkräften mangelt.

Fremdfirmen werden sich selbst überlassen, Bauaufsicht Fehlanzeige. Obwohl Stadtwerke und der Entwässerungsbetrieb ESW unter gemeinsamer Führung stehen, wird bei Baumaßnahmen weder richtig gemeinsam geplant noch effizient koordiniert. Das führt zwangsläufig zu unnötigen Mehrfachaufbrüchen an gleichen Baustellen, erheblichem Kostenmehraufwand bei Verlegung von Gas-, Wasser-, Strom- und Kanalleitungen sowie die Bürger unnötigerweise belastende Baustellenbehinderungen bzw. Bauzeitenverlängerungen. Am Ende werden auch noch die Aufbrüche in den Straßen schlampig und unfachmännisch wiederhergestellt.

Jeder, der offenen Auges und bewusst auf Wittens Straßen unterwegs ist, kann diesen Sachverhalt selbst nachvollziehen. Schon einige Leser haben sich deswegen an *AUF Witten* gewandt (siehe nebenstehender Leserbrief). Der fahrlässig verursachte wirtschaftliche Schaden zu Lasten der Wittener Bürger lässt sich nur schätzen und geht wohl in die Millionen.

Kontrolle gleich null

Wenn derartige Missstände einmal vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Witten wie bei der Baumaßnahme Westfalenstraße aufgedeckt und dabei Größenordnungen von mehreren hundert Tausend € genannt werden, fasst der Rat den Beschluss, das nicht weiter zu verfolgen.

Ein solches Management lädt geradezu zur Kostenexplosion ein.

Bürgerwille ignoriert

Bereits der Celestianbau, der trotz Bürgerbegehren gegen einen Rathausanbau errichtet wurde, verdeutlicht, wie in Witten der Bürgerwille geachtet wird.

Jetzt stimmten Aufsichtsrat und der Haupt- und Finanzausschuss für eine

Kompetenz und Bürgernähe?

Als Anwohner der Albertstraße in Bommern konnte ich eine dortige Kanalsanierung bis zur Einmündung in die Nachtigallstraße mitverfolgen. Diese dauerte von Mitte September bis Mitte November 2007.

Mehrfach wurde aufgebuddelt und wieder verfüllt. Warum? Die Kanalbaufirma stellte fest, dass aufgrund des größeren Querschnitts des neuen Kanals eine kreuzende Gasleitung im Wege war.

Den Stadtwerken Witten war es nicht möglich, eine sofortige Umverlegung der Gasleitung zu veranlassen. Um weiterarbeiten zu können, schnitt die Kanalbaufirma ein Keilstück aus dem Kanalrohr, sodass die Gasleitung vorerst liegen bleiben konnte.

Erst Wochen später, als alles schon verlegt und verfüllt war, wurde die Stelle erneut aufgebaggert und die Gasleitung endlich umverlegt sowie das herausgetrennte Keilstück in das Loch im Kanalrohr eingeklebt.

So ganz zufällig scheint der Vorfall nicht zu sein, denn Monteure der tätigen Rohrleitungsbaufirma berichteten mir, dass z.B. in Bochum eine regelmäßige fachkompetente Baustellenaufsicht durch Ingenieure erfolgt, in Witten dagegen sich keiner so richtig um die Arbeiten kümmert.

Man fragt sich, wer für die Zusatzarbeiten und für das im nagelneuen Zustand bereits verpfuschte Kanalrohr eigentlich die Verantwortung trägt und haftbar gemacht wird? Wie lange wird der Pfusch wohl dem Straßendruck standhalten?

Leserbrief (E-Mail-Zuschrift) – Name der Redaktion bekannt

Beteiligung am *Kohlekraftwerk in Lünen* und ignorieren damit ernstzunehmende Bedenken gegen Kohlekraftwerke. (auch dazu ein Leserbrief auf Seite 2)

Bekanntlich gehören die Stadtwerke zu 100 Prozent der Stadt und damit letztlich den Wittener Bürgern. Doch mit der **Konstruktion einer GmbH werden die öffentliche Kontrolle und der Rat der Stadt ausgehebelt.** Immerhin müssen sich die Bürgermeisterin als Aufsichtsratsvorsitzende und die Vertreter der Ratsfraktionen im Aufsichtsrat politisch vor der Öffentlichkeit verantworten. Es ist zu hoffen, dass sie bei der nächsten Kommunalwahl für ihr bürgerfeindliches, demokratiefernes und mit Privilegien belohntes Verhalten die Quittung erhalten werden.



Wir haben kein Geld zum Verbrennen!

Wenn die bereits begonnene Privatisierungspolitik ungehindert weitergeführt wird, gibt das der kaum noch vorhandenen kommunalen Selbstverwaltung endgültig den Rest.

Der Haushalt 2008 stellt dafür die Weichen. Denn damit verbunden ist die Umwandlung der Stadt in einen "Konzern" (laut Kämmerer): durch die **Umwandlung der Dienstleistungen in Produkte** kann jeder künftige Investor mit einem Blick erkennen, was sich profitabel zu Geld machen lässt.

AUF Witten fordert:

Öffentliche Kontrolle

Schluss mit Vertuscherei und Blockadepolitik gegenüber dem gewählten Ratsmitglied Achim Czylwick. Volle Transparenz aller Geschäftsvorgänge in der Öffentlichkeit!

Keine Privatisierung

Seid wachsam! Die größten Kritiker der Privatisierung erweisen sich in der Praxis als ihre Vorreiter.

Selbst aktiv werden!

Optimale Versorgungsangebote für die Wittener sind möglich, wenn mit eisernem Besen ausgekehrt, die Vorwürfe ernst genommen und die Privilegien abgeschafft werden. Damit sollte man nicht bis zur Wahl warten: **Aktiv werden in und mit AUF Witten!**

Spuk oder Wirklichkeit?

Bericht vom Bürgerforum zum Haushalt 2008 der Stadt Witten

von Renate Dietze, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

AUF Witten arbeitet mit dem Bürger, darum gab es wieder ein Bürgerforum, diesmal zum Dauerbrenner *Städtischer Finanz-Haushalt 2008*. Auf dem Einladungsflugblatt wurde die Prognose der Bürgermeisterin und ihres Kämmers, bis zum Jahre 2014 würde ein *ausgeglichener Haushalt* erreicht, so gekennzeichnet: "In Witten sind Traumtänzer am Werk". Wie sich bei der lebhaften und tiefgehenden Diskussion bestätigte, ist diese Einschätzung voll berechtigt.



Spiegel der Politik

Ein Haushaltsplan bedeutet nicht nur viele Zahlen, er ist ein Spiegel der Politik. Für wen und was wird das Geld ausgegeben, werden Schulden gemacht und was bezwecken so genannte Einsparungen? Unsere Gesamtbewertung der dahinter stehenden Politik: **Der Haushalt 2008 geht erneut zu Lasten der kleinen Leute, die Privatisierung wird vorangetrieben.**

Der Schein trügt

Dazu führte Gregor Duve vom Vorstand in seiner Begrüßung aus:

"Die Aufgabe des Kämmers besteht darin, das Zahlenspiel des Haushaltsplanes so harmonisch wie möglich zu gestalten, um es als die richtige Ent-

scheidung darzustellen. Er wäre ein schlechter Kämmers, wenn ihm das nicht gelingen würde.

Dahinter steckt System, man will vermeiden, dass die Menschen den wirklichen Sachstand erkennen und erfahren, damit die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen nicht in Frage gestellt werden kann."

Im Gegensatz zur Behauptung eines ausgeglichenen Haushalts bis 2014 werden die Schulden immer mehr. Die Schere des Schuldenanstiegs klafft immer weiter auseinander, denn die Steuereinnahmen decken nicht einmal die laufenden Kosten, geschweige zwingend notwendige Mehrausgaben von maroden Hinterlassenschaften und Zinsbelastungen hoher Kreditaufnahmen vergangener Jahre.

Durch immer neue Kreditaufnahmen werden die **Schulden** um fast 24% steigen und **bis 2011** etwa **300 Millionen Euro** betragen, wobei vorhandene Rücklagen um 92% abgeschmolzen werden. Danach werden die Schulden explosionsartig steigen!

Die Nutznießer

Mit der enormen **jährlichen Zinslast** von mittlerweile ca. **14 Millionen Euro** (ohne Tilgung!) werden die Banken bestens bedient. Die Stadt muss immer neue Schulden machen, um die alten abtragen zu können. **Mit der alten Politik kann man aus dieser Schuldenfalle nicht herauskommen. Und das ist auch gar nicht beabsichtigt.**

Deutlich erkennbar ist das daran, dass die Kommunen jetzt auch noch für Spekulationsverluste der Landesbank herangezogen werden. **Die Stadt eine Melkkuh für die Banken:** Das empörte die eifrig diskutierenden Anwesenden ganz besonders.

Auch wurde die **Heuchelei der amtierenden Politik** angegriffen. Auf kommunaler Ebene präsentieren sie sich als **Mitfühlende**, die zu "*schmerzlichen Einschnitten*" bei den Bürgern gezwungen würden. Doch die Parteifreunde in Bund und Land machen genau die Gesetze, die diese Einschnitte hervorrufen. Mit dem gesparten Geld werden zum Beispiel die Milliarden-Ausfälle an Steuern ausgeglichen, die den Großkonzernen und Banken erlassen wurden.

Die Alternativen

Eine Kommune muss zum Wohl ihrer Bürger verwaltet werden, das ist der demokratische Auftrag der Wähler.

Fortsetzung auf Seite 10 ⇨



Entschuldung der Stadt Witten: Die Hoffnung stirbt zuletzt

⇒ Fortsetzung von Seite 9

Der Stadtkämmerer dagegen spricht vom "Konzern Stadt Witten".

Mit einer dementsprechenden Privatisierung kann man der gesellschaftlichen Verantwortung einer Kommune nicht gerecht werden. Denn das **Interesse der Bürger an kostengünstigen Leistungen verträgt sich nicht mit dem Profitinteresse der privaten Investoren.**

Außerdem brechen bei Privatisierung auch Einkünfte für die Stadt weg und vermindern so das finanzielle Handlungsvermögen zum Wohle des Bürgers. Die Landespolitik hat ausdrücklich festgelegt, dass die Kommunen künftig keine lukrativen eigenen Geschäfte mehr machen dürfen.

Wirkliche Veränderungen sind also nur durchsetzbar entgegen dieser, den privaten Investoren und den Banken dienenden Umverteilungspolitik. Dagegen müssen wir uns wehren, mit gleichgesinnten Bündnissen zusammenschließen, einen **Alternativen Städtetag** gründen.

AUF Witten hat eine Reihe von Anträgen erarbeitet als **Leitlinie für eine alternative Politik**. Zwei davon zur Umweltpolitik sind auf den Seiten 5 und 6 dokumentiert, vollständig sind sie im Internet veröffentlicht unter www.auf-witten.de sowie als Broschüre beim Vorstand erhältlich.

Es ist eine groteske Situation, dass von unserem Ratsmitglied Achim Czulwick eine Zustimmung zu diesem bürgerfeindlichen Haushalt erwartet wurde, seine

vorgelegten alternativen Anträge aber noch nicht einmal entgegengenommen wurden. (siehe auch Seite 1).

Bei früheren Gelegenheiten wurden die Anträge von Achim Czulwick entgegengenommen, obwohl er auch damals keine Fraktionsrechte hatte. Warum das plötzlich anders gemacht wird, kann nur wahltaktische Motive haben. Denn die Kommunalwahlen finden bereits im Juni 2009 statt.

Eine gute Gelegenheit, sich mit den Alternativen von AUF Witten zu beschäftigen, sich einzubringen und für diese positiven Vorschläge mit zu kämpfen – dann hat zumindest in diesem Bereich der Spuk ein Ende!

Dokumentiert:

Auszüge aus der Haushaltsrede von Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*)**Null Handlungsfähigkeit**

Die Verwaltung hat den Haushalt 2008 unter das Motto gestellt: „*Erhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit - Gesundung des städtischen Haushaltes*“. In meiner Beurteilung erfüllt dieser Haushalt das nicht. Im Gegenteil - die reale Handlungsfähigkeit geht gegen Null. Die Verschuldung der Stadt steigt seit 16 Jahren jedes Jahr beständig an. ...

Falsche Maßstäbe

Den Menschen in der Stadt springt natürlich ins Auge, dass es scheinbar eine Selbstverständlichkeit ist, sinnlose Subventionen zu verteilen und Spekulationsverluste von Banken mit Steuermitteln abzusichern, dass aber zugleich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an den Pranger gestellt werden, weil sie längst überfällige Lohnerhöhungen erstritten. Nicht die Beschäftigten der Stadt Witten haben Geld verspekuliert, sondern sie haben durch ihre Arbeit den kommunalen Betrieb aufrechterhalten. Ich betone das hier ausdrücklich, um die wirklichen Maßstäbe zurechtzurücken, die in dieser Frage gelten sollten. ...

Kurzsichtigkeit

Für mich erscheint die Kurzsichtigkeit der so genannten Konsolidierungsmaßnahmen auch an folgendem:

Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen, den es allerdings seit 2002 nicht mehr gab, wurden zurückliegend die Zuschüsse für das Kinderheim Egge und für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe mächtig gestrichen.

Der Effekt in der Praxis war dann aber, dass die Aufwendungen für die wesentlich teurere stationäre Betreuung und Hilfsmaßnahmen überproportional stiegen. Denn auf die stationäre Pflege verlagerte sich nun die Betreuung.

Unterm Strich musste mehr Geld aufgewendet werden, als bei der Beibehaltung und dem Ausbau der ambulanten Pflege. Die praktizierte Konsolidierung des Haushaltes in den letzten Jahren kommt dem untauglichen Versuch gleich, einen Brand zu löschen, ohne den Brandherd zu bekämpfen.

Diese Art der Konsolidierung wird so rigoros betrieben, dass dafür selbst ortsnahe Grundschulen, wie die in Durchholz, geopfert werden.

Zustimmung, wenn ...

Unter welchen Voraussetzungen könnte ich mir vorstellen, einen Haushalt der Stadt Witten zu akzeptieren? Das wäre dann der Fall, wenn eine **politische Richtungsänderung** zu erkenne wäre. Dazu nur drei Punkte:

Erstens, in dem ein Zinsmoratorium angestrebt würde. Dazu habe ich einen Antrag gestellt, der Ihnen vorliegt. Das Zinsmoratorium ist im Übrigen ein Instrument, das in Zukunft mehr und mehr zur Anwendung kommen wird. ...

Zweitens müsste die beschlossene Konzentration von Freizeitangeboten in städtischen Jugendhäusern/Einrichtungen auf nur noch drei Einrichtungen zurückgenommen werden.

Stattdessen soll für jeden Stadtteil Witten ein ortsnahes Angebot vorgehalten werden, in dem Jugendliche und Kinder betreute Freizeitaktivitäten vorfinden. Dazu könnte sich der Rat auf die Forderungen der verschiedenen Stadtteil-AG's des Kinder- und Jugendparlaments stützen.

Drittens ginge es um den Aufbau einer eigenständigen und alternativen Energiepolitik. Eine ortsnahe IMK-Anlage (siehe Seite 5) würde neue Arbeitsplätze in Witten schaffen und erhebliche Transportkosten einsparen. ...

Die Verweigerung, diese Anträge anzunehmen, statt sie wie bisher im Sinne einer fairen Zusammenarbeit zu akzeptieren, hat politische Motive und deutet auf den bevorstehenden Wahlkampf hin.

Warum sonst sollten neue alternative und innovative Ideen von *AUF Witten* zur Sicherung der Eigenständigkeit der Stadt nicht gewünscht sein?

Aus Wut wird Widerstand

Am 19. April 2008 tagte in Kassel die 5. Bundesweite Delegiertenkonferenz der Montags-Demo-Bewegung mit 136 Delegierten aus 56 Städten Deutschlands. Renate Dietze und Gregor Duve waren als Delegierte der Montagsdemo Witten dabei. Und wieder einmal zeigte sich, dass der Erfahrungsaustausch die billigste, schnellste und effektivste Methode ist, in einer Sache voranzukommen. Neugierig? Einige Beispiele:

Dessau:

Die Straßen haben wir gebaut und bezahlt, also werden wir auch demonstrieren! Wir lassen uns nicht einschüchtern durch immer neue Spitzfindigkeiten des Ordnungsamtes.

Hamburg:

Wir haben uns am Karnevalsumzug beteiligt.



Bremen:

Keiner muss alleine zum Arbeitsamt, wir begleiten uns gegenseitig. So fühlt man sich nicht so elend und hat immer einen Zeugen.

Darmstadt:

Politiker hetzen die Alten gegen die Jungen auf und die „Kaputtarbeiter“ (durch lange Arbeitszeit) gegen die Hartz IV-Leute. Das spaltet uns!

Berlin:

Resignation macht sich breit. Wir müssen den Druck größer machen! Wir brauchen größere, stärkere Bündnisse.



Essen:

Bei uns steigt die Teilnehmerzahl. Wir haben Beiträge von Kindern und Jugendlichen, die beschwerten sich selbstständig (...) Wir wählen jeden Montag den "Sozialräuber" bzw. den "Sozialheuchler" der Woche.



Stuttgart:

Wir sind fast 100 und damit zum kommunalpolitischen Faktor geworden. Wir haben eine Meinungsumfrage gemacht in der Bevölkerung. Die Stadt muss unsere Meinung berücksichtigen bzw. muss mit uns verhandeln!

Esslingen:

Die Montags-Demo wird eine Plattform für kommende soziale Kämpfe werden!

München:

Alle Repressalien an die große Glocke hängen, das hilft!

Gelsenkirchen:

Studenten wollen Doktorarbeit über Montags-Demo schreiben! Bitte mehr Zuarbeit auf die Homepage!



Und noch viele, viele mehr, der Andrang vor dem Mikrofon war groß...

In vielen Äußerungen haben wir unsere Wittener Probleme wieder erkannt. Ganz besonders wird die aktive Mitarbeit von den Gewerkschaften, Parteien und anderen sozialen Organisationen vermisst, sie sollten endlich Gesicht zeigen.

Nach Rechenschafts- und Finanzbericht wurde die Koordinierungs-Gruppe neu gewählt. Spontan wurde sie auf 20 Mitglieder erweitert, Gregor Duve gehört nun auch dazu! Bei der Montagsdemo am 21.04. in Witten wurde seine Kandidatur einstimmig bestätigt. Das bedeutet, dass in der bundesweiten Koordinierung nur Leute tätig sind, die eine Zustimmung von der Basis haben.

Gemeinsam verabschiedeten wir eine Resolution. Nachfolgend einige Auszüge, vollständig unter:

www.bundesweite-montagsdemo.com

Stolz auf unsere Bewegung, das offene Mikrofon, unsere Argumente und Kultur und auf unsere Einheit sagen wir. „Wer sich gegen Armut und Unterdrückung wehrt, lebt ehrenwert“. Arbeiter und Arbeitslose gehören im gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Leiharbeit und Billigjobs zusammen ...

Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg! Die Inflationsrate für den Bedarf eines Hartz-IV-Betroffenen liegt bei mindestens 10%. Deshalb fordern wir einen Hungerzuschlag von mindestens 50,- Euro pro Monat als Soforthilfe. Wir erklären auch, dass wir unseren Kampf um demokratische Rechte konsequent weiter führen werden ...

Wir haben beschlossen, uns am 8. November zur 6. bundesweiten Demonstration gegen die Regierung wieder in Berlin zu treffen und bis dahin die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Gewerkschaften, die Rentner, Jugendliche und Frauen zu informieren und zu mobilisieren. Wer kämpfen will, ist herzlich bei uns willkommen!

Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!



Versprechen kann man viel ...

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Verehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Jugend,

nächstes Jahr, also 2009, ist es wieder soweit, in NRW stehen nicht nur die Kommunalwahlen an, sondern auch Europa-, Landtags- und Bundestagswahlen.

Dass das zu erheblichen Irritationen und Gedankenspielen führen kann, ist durchaus nachvollziehbar, im Hinblick darauf, welcher Partei man vertrauen kann.

Dass die Parteien, egal auf welcher Ebene, versuchen, mit Wahlversprechen die Wählerinnen und Wähler zu ködern, ist eine stets praktizierte Vorgehensweise, die sehr häufig leere Versprechungen macht und immer wieder in Enttäuschungen endet.

Dabei spielt für diese Parteien keine Rolle, was den Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennt, welche Probleme ihnen das tägliche Leben bereitet, welche Zukunftsaussichten sie noch zu erwarten haben. Hauptsache das Kreuz steht an der richtigen Stelle.

Auf kommunaler Ebene, und damit meine ich in unserer Stadt, steht seit 2004 den etablierten Parteien alternativ das überparteiliche Personenwahlbündnis "*AUF Witten*" gegenüber. Unsere politischen Inhalte werden ausschließlich im Sinne der in unserer Stadt lebenden Menschen gestaltet.

Dabei handeln wir nicht stellvertretend, sondern wir möchten, dass die Menschen aktiv daran mitarbeiten und ihre Zukunft mitgestalten im Gedanken "Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern".

Bei den bereits im Bündnis aktiven Menschen handelt es sich um Personen mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen.

Lediglich die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern ist nach unseren Grundsätzen ausgeschlossen.

Dass das so ist, ist in sofern von Vorteil, da sich darin eine Lebendigkeit zum politische Geschehen entwickelt und sich somit die Belange und Notwendigkeiten für die Menschen in unserer Stadt widerspiegeln.

Dass auf politischer Ebene etwas passieren muss, sollte jedem von uns klar sein.

Ein falscher Weg wäre es, nicht zur Wahl zu gehen. Damit gibt man dem Weg zu einer ungerechten Politik Vorrang, man verspielt seine im Gesetz verankerten Rechte und für die Zu-

kunft jede Art von politischer Mitbestimmung und Mitgestaltung.

Zudem macht man es der Politik und den Industrie- und Bankmonopolen leicht, ihre Machenschaften weiter zu praktizieren, die sich gegen den kleinen Arbeiter, Beamten und Mittelständler richten.

Nehmen Sie mit dem überparteilichen Personenwahlbündnis "*AUF Witten*" Kontakt auf und versuchen Sie, mit uns gemeinsam das politische Geschehen in unserer Stadt aktiv zu verändern.

► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Samstag, 10. Mai 2008: 10 - 19 Uhr
Pfingst-Umwelt-Tagung
Bürger- und Kulturzentrum "Rohrmeisterei"
Schwerte, Ruhrstr. 20

Samstag, 31. Mai 2008: 11 - 13 Uhr
Infostand in Heven, Hellweg vor ALDI

Samstag, 07. Juni 2008: 11 - 13 Uhr
Infostand Innenstadt, Berliner Platz

Sonntag, 15. Juni 2008: 11 - 14 Uhr
Öffentliche Mitgliederversammlung
Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

Samstag, 05. Juli 2008: 11 - 13 Uhr
Infostand Innenstadt, Berliner Platz

Sonntag, 27. Juli 2008: ab 14 Uhr
Sommerfest auf dem Hohenstein - Grillplatz

Wer aktiv mitarbeiten will, kann das tun:

- in der Umwelt-AG
- im Ratsteam
- in der Redaktion von "*Witten im AUFbruch*"

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de